

Gerhard Stoltenberg:

Koalition hat Reform- und Handlungsfähigkeit bewiesen!

- **Durchbruch bei der Steuerreform**
- **Keine Mehrwertsteuererhöhung**
- **Ausgewogene Finanzierung**

In der Koalitionsrunde wurde in 15stündigen Beratungen am Donnerstag und Sonnabend in der vergangenen Woche Einvernehmen über die wesentlichen Punkte für den Abbau von 19,2 Milliarden DM Steuersubventionen und Sonderregelungen für das Konzept der Steuerreform 1990 erzielt, die insgesamt noch einmal zu einer Steuerentlastung von 39,2 Milliarden DM brutto führt. Einige Einzelpunkte und Sonderprobleme bedürfen noch einer weiteren fachlichen Prüfung. Das vereinbarte Finanzvolumen liegt bei etwa 17 Milliarden DM. Es besteht also die Aussicht, in den ergänzenden Beratungen den Gesamtbetrag durch Erweiterung der Bemessungsgrundlage zu erreichen.

Ein wichtiges Ziel, durch eine Reihe von Schritten zur Steuervereinfachung ein in sich schlüssigeres und gerechteres Steuersystem zu schaffen, ist mit den Absprachen erreicht. Die Einzelmaßnahmen ergeben eine sozial ausgewogene Wirkung. Vorbehaltlich einer exakten Einzelberechnung zeichnet sich ein Einsparvolumen von spezifischen Steuersubventionen und Sonderregelungen im Unternehmensbereich von gut 3½ bis 4 Milliarden DM ab. Der ganz überwiegende Teil der Einzelmaßnahmen ist nicht bestimmten soziologischen Gruppen zuzuordnen.

Die monatelange Kampagne der SPD gegen die Steuerreform erweist sich damit als unglaubwürdig. Die Öffentlichkeit wurde von der SPD irreführt. Weder soll die Mehrwertsteuer angehoben werden, noch ergeben sich unzumutbare Wirkungen für die Arbeitnehmerschaft. Die gleichmäßige Erfassung von Kapitaleinkünften mit der Freistellung von Sparbüchern mit gesetzlicher Kündigungsfrist von der Kapitalertragssteuer unterstreicht diese soziale Wirkung.

I. Ziele der Steuerpolitik

1. Niedrige Steuersätze und weniger Ausgaben

Für die Koalition aus CDU/CSU und FDP ist ein einfacheres, gerechteres und in sich schlüssigeres Steuersystem Kernstück einer offensiven Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Belastung von Arbeit und unternehmerischer Tätigkeit ist zu hoch, das Steuersystem ist leistungs- und wachstumshemmend geworden. Dies fördert die Schattenwirtschaft, beeinträchtigt die Solidarität und das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Mehr wirtschaftliche Dynamik verlangt eine stärkere Anerkennung der beruflichen Leistung. Ungleichmäßige Besteuerung und Kompliziertheit des Steuerrechts sind Ursachen für Steuerungerechtigkeiten und volkswirtschaftliche Fehlwirkungen.

Mit den Vereinbarungen der Koalition sind die Eckpunkte für eine Steuerreform festgelegt, die **zwei Ziele** verwirklicht:

- dauerhafte **Steuarentlastung** und
- Verbesserung der **Steuerstruktur**.

Nur wenn Steuarentlastung und der Abbau von Steuervergünstigungen Hand in Hand gehen, kann ein einfacheres, gerechteres und volkswirtschaftlich wirksameres Steuersystem erreicht werden.

Dieser umfassende Ansatz ist auch notwendig, weil sich bei unseren Hauptwettbewerbern auf den Weltmärkten tiefgreifende Veränderungen in den steuerlichen Rahmenbedingungen vollziehen. Dort werden die Tarife — zum Teil drastisch — gesenkt und das Steuergefüge verbessert.

2. Senkung der Einkommensteuer

Die hohe Steuerbelastung in der Bundesrepublik Deutschland wird am unmittelbarsten bei der Einkommensteuer spürbar. Hauptproblem ist die nach wie vor zu scharfe Steuerprogression. Die Einkommensteuer ist auch die wichtigste Unternehmensteuer, da neun von zehn Unternehmen Personenunternehmen sind, deren Gewinne beim Inhaber der Steuer unterliegen. Von einer nachhaltigen Senkung der Grenzbelastung kann deshalb auch eine Stärkung der Eigenkapitalbildung und der Investitionskraft insbesondere bei den mittelständischen Unternehmen erwartet werden.

Nach einem dreistufigen Gesamtkonzept wird eine in sich schlüssige Neugestaltung des Einkommensteuertarifs vorgenommen:

- Die **erste Stufe** des Steuersenkungsgesetzes **1986/88** ist vorrangig den Familien und den Beziehern kleiner Einkommen zugute gekommen und hat eine erste Absenkung der Steuerprogression gebracht.
- In der **zweiten Stufe** sieht das Gesetz für **1988** eine weitere deutliche Tarifabflachung vor. Sie wurde durch das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 nochmals verstärkt.
- Mit ihren steuerpolitischen Vereinbarungen vom März dieses Jahres haben die Koalitionsparteien für **1990** die **dritte Stufe** für ein zukunftsorientiertes Steuersystem festgelegt. Kernstück ist der arbeitnehmer- und mittelstandsfreundliche

Nicht die Stunde großer Reden

Helmut Kohl zum Tode von Uwe Barschel

Bundeskanzler Helmut Kohl gab während der Sitzung des Bundesvorstandes am Montag, 12. Oktober 1987, vor der Bonner Presse folgende Stellungnahme zum Tode von Uwe Barschel ab: Wir haben zu Beginn der Bundesvorstandssitzung unseres verstorbenen Freundes Uwe Barschel gedacht. Er war viele Jahre Mitglied im Bundesvorstand und hat viele Beratungen mit seinen Beiträgen, Hinweisen und seinem Rat geprägt. Vor uns steht in dieser Stunde das Bild eines Mannes, der sehr jung und entschlossen aus politischer Überzeugung zu unserer Gemeinschaft kam und schon bald wichtige Funktionen bekleidete: als Landesvorsitzender der Jungen Union in Schleswig-Holstein, als Mitglied des Landesvorstands der CDU in Schleswig-Holstein, als Mitglied wichtiger Gremien der Bundespartei, als Kandidat und Abgeordneter zum Landtag in Schleswig-Holstein, in jungen Jahren berufen in die Landesregierung, zunächst als Finanzminister und dann als Minister des Landes und nach dem Weggang von Gerhard Stoltenberg, als Ministerpräsident des Landes. Uwe Barschel kannte die Probleme des Landes Schleswig-Holsteins wie kaum ein anderer. Er hat seine ganze Leidenschaft, seinen ganzen Einsatz diesem Land gewidmet, den Sorgen um die Arbeitsplätze, um neue Strukturen, um die Sicherung und die Fortentwicklung der einheimischen Landwirtschaft.

In dieser Stunde steht aber vor allen Dingen auch das Bild seiner Frau, seiner Mutter und seiner Kinder vor uns, die mit diesem Schicksal fertig werden müssen. Ihnen gilt unsere besondere herzliche Sympathie und Anteilnahme. Wir alle verspüren die Tragödie dieser Stunden, vor allem die, die ganz unmittelbar mit ihm zusammengearbeitet haben. Dies ist nicht die Stunde großer Reden. Wir danken Uwe Barschel für das, was er für uns und für die CDU Deutschlands geleistet hat.

Einkommensteuertarif mit einem gleichmäßig und sanft ansteigenden Progressionsverlauf, einem deutlich erhöhten Grundfreibetrag und einem jeweils um 3 Prozentpunkte abgesenkten Eingangs- und Spitzensteuersatz.

Arbeitnehmer- und mittelstandsfreundliche Tarifreform

Der neue Tarif ist sozial ausgewogen und bringt eine dauerhafte Entlastung für alle Steuerzahler. Damit wird weit über das hinausgegangen, was in früheren Jahren als Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung an Tarifkorrekturen in Kraft gesetzt wurde. Wer zukünftig auf Leistung und berufliches Fortkommen setzt, kann sicher sein, daß ihm die Progression nicht schon in wenigen Jahren wieder nimmt, was ihm heute an Entlastung gegeben wurde.

Eine vergleichende Darstellung des bis Ende 1985 geltenden SPD-Tarifs (T 81) mit dem Arbeitnehmer- und mittelstandsfreundlichen Reformtarif 1990 zeigt, in welch starkem Maße die Grenzsteuerbelastung für alle Steuerzahler zurückgenommen wird: Im unteren Progressionsbereich zwischen 18 000 DM und 60 000 DM (Ledige) bzw. 36 000 DM und 120 000 (Verheiratete) steigt die tarifliche Grenzbelastung nach

- dem SPD-Tarif 1981 von 22 v. H. um 28,4 Prozentpunkte auf 50,4 v. H.
- dem Reformtarif 1990 von 22 v. H. nur noch um 12,8 Prozentpunkte auf 34,8 v. H.

Ein Beispiel macht dies anschaulich: Der Mehrverdienst von 10 000 DM bei einem beruflichen Aufstieg vom einfachen qualifizierten Durchschnittsverdiener mit einem heutigen Bruttojahresverdienst von etwa 38 000 DM zum qualifizierten Industriefacharbeiter, der 1990 ungefähr 48 000 DM verdienen dürfte, wird in Steuerklasse I

- nach dem alten, bis 1985 geltenden SPD-Steuerrecht mit 3 934 DM oder 39,3 v. H. zusätzlicher Lohn- und Einkommensteuer
- nach dem neuen Reformtarif 1990 nur noch mit 2 702 DM oder 27 v. H. zusätzlicher Lohn- und Einkommensteuer belastet.

Der Steuerzugriff auf den Mehrverdienst ist also im vorliegenden Fall des beruflichen Aufstiegs vom einfachen Durchschnittsverdiener zum qualifizierten Industriefacharbeiter um über 30 v. H. niedriger als nach dem alten, bis 1985 geltenden SPD-Steuerrecht.

Der Grundfreibetrag wird von 4 212/8 424 DM im Jahr 1986 auf 5 616/11 232 DM ab 1990 um 1 404/2 808 DM erhöht. **Damit werden künftig rund eine halbe Million Arbeitnehmer aus der Besteuerung herausgenommen.** Zusammen mit der vorgesehenen Erhöhung des Kinderfreibetrages auf 3 024 DM steigt das steuerfreie Einkommen

- für Ledige (Steuerklasse I) von 7 367 DM in 1985 bis 1990 auf 8 771 DM
- für Verheiratete mit 2 Kindern von 13 955 DM in 1985 bis 1990 auf 23 027 DM
- für Verheiratete mit 4 Kindern von 15 035 DM in 1985 bis 1990 auf 30 047 DM

Für die unteren Einkommen wird der Kindergeldzuschlag ab 1990 entsprechend angehoben.

Die Einkommensbesteuerung bleibt progressiv. Auch nach der Steuerreform müssen die Bezieher hoher Einkommen absolut und prozentual erheblich mehr Steuern entrichten als die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen.

3. Mehrstufige Entlastung der Unternehmen

Bei der Unternehmensbesteuerung wurden erhebliche Verbesserungen vorgenommen:

— In den ersten Entscheidungen wurden 1983 und 1984 zunächst Entlastungen bei der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensteuer vorgenommen.

— 1985 wurde die Verkürzung der Abschreibungsfristen bei Wirtschaftsgebäuden beschlossen, die in den kommenden Jahren zu Steuerausfällen von rund 4 Milliarden DM jährlich führt.

— Hinzu kommen die tariflichen Entlastungen des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 und des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988.

Die Steuerreform 1990 führt zu weiteren deutlichen Steuersenkungen für die Wirtschaft. **Der linear-progressive Einkommensteuertarif entlastet nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die große Mehrzahl der mittelständischen Unternehmen.** Eine zusätzliche Verbesserung der Investitionsfähigkeit kleiner Unternehmen wird durch die Erhöhung der Sonderabschreibung nach 7 g EStG von 10 auf 20 Prozent geschaffen. Diese Maßnahme ist bereits in das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz

aufgenommen worden. Außerdem werden mit der Verbesserung des Vorwegabzugs bei den Vorsorgeaufwendungen die Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge ausgeweitet.

Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 Prozent wird die 1975 von der SPD-geführten Regierung vorgenommene Erhöhung wieder rückgängig gemacht. Dies öffnet den Weg für eine aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erforderliche Absenkung des Körperschaftssteuersatzes auf einbehaltene Gewinne von 56 auf 50 Prozent.

4. Verbesserung der Steuerstruktur

Ziel der Steuerreform ist nicht nur eine deutliche Steuerentlastung, sondern auch eine nachhaltige Verbesserung des Steueregefüges.

Der Anteil der direkten Steuern betrug 1950 rund 50 Prozent, er liegt heute bei knapp 60 Prozent. Mit den langfristigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen ist es nicht vereinbar, wenn Arbeit und unternehmerische Tätigkeit durch direkte Steuern überproportional belastet werden. Durch die Steuerentlastung wird der Anteil der direkten Steuern zurückgeführt.

Es geht aber auch darum, die Struktur des Einkommensteuerrechts zu verbessern. Das deutsche Steuerrecht ist durch eine Vielzahl von Ausnahmen und Sonderregelungen gekennzeichnet, die vielfach Folge der hohen Steuersätze sind. Viele Bürger haben heute den Eindruck, daß Steuervergünstigungen vor allem von künftigen und finanziell leistungsfähigen Steuerpflichtigen genutzt werden können. Die Komplizierung des Steuerrechts, die ursprünglich auch Ausdruck des Bemühens um Einzelfallgerechtigkeit war, führt zu neuen Ungerechtigkeiten und schafft außerdem eine erhebliche Belastung der Verwaltung.

Mit der Steuerentlastung der Jahre 1986/88/90 ist die entscheidende Voraussetzung für die notwendige Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen geschaffen. Da die Steuertarife deutlich abgesenkt werden, entfällt ein wesentlicher Grund für zahlreiche Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen.

5. Solide Finanzierung

Das Gesamtkonzept 1986/88/90 bringt zusammen mit den verbesserten Abschreibungsbedingungen bei Wirtschaftsgebäuden innerhalb von nur vier Jahren für Bürger und Wirtschaft eine **Nettoentlastung von fast 50 Milliarden DM**. Das entspricht nahezu 2½ Prozent des Bruttosozialprodukts. **Dies ist die stärkste Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.** Die Koalition stimmt darin überein, daß mit dem beschlossenen Umfang die steuerlichen Entlastungsmöglichkeiten für die laufende Legislaturperiode ausgeschöpft sind.

Dem Steuerreformkonzept liegen bindende Vereinbarungen für eine solide Finanzierung zugrunde; die wichtigste ist eine weiterhin strenge Ausgabendisziplin. Die Koalition hat im Frühjahr dieses Jahres zusammen mit den Entlastungsbeschlüssen für 1990 im Umfang von brutto 39,2 Milliarden DM vereinbart, daß ein Betrag von insgesamt 19 Milliarden DM durch Umschichtungen

im Steuersystem zu finanzieren ist, dies im wesentlichen durch den Abbau oder durch die Einschränkung von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen. Auf der Grundlage des erreichten Konsolidierungserfolgs und einer weiterhin notwendigen Ausgabendisziplin aller Gebietskörperschaften ist ein vorübergehender Anstieg der Neuverschuldung im Zusammenhang mit den Steuersenkungen finanzpolitisch vertretbar.

6. Mehr wirtschaftliche Dynamik

Die Steuerreform ist ein entscheidender Ansatzpunkt, die wirtschaftliche Dynamik zu stärken und das Angebot an bezahlbarer Arbeit zu erhöhen. Sie erhöht insbesondere die binnenwirtschaftliche Nachfrage und stärkt das Wachstum. Sie ist auch ein wichtiger Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine besser abgestimmte Politik der großen Industrienationen zum Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte.

II. Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem

1. Abbau von Steuervergünstigungen

Die Vielzahl der heutigen Steuervergünstigungen und Sonderregelungen sind historisch aus besonderen Gegebenheiten heraus gewachsen. Andere Steuersubventionen sind in einer Zeit wesentlich niedrigerer verfügbarer Einkommen entstanden. Einige von ihnen haben in einem hochentwickelten Industriestaat mit einem entsprechenden Einkommensniveau ihre ursprüngliche Berechtigung mittlerweile verloren. Manche haben sich in der Praxis in unerwünschter Weise entwickelt. Ähnliches gilt für einen Teil steuerlicher Anreizwirkungen im Bereich der Kapitalbildung. Entscheidend ist aber, daß mit den bereits vollzogenen und den für 1990 beschlossenen Tarifsenkungen der Hauptgrund für zahlreiche, komplizierte und gesamtwirtschaftlich fragwürdige Steuervergünstigungen entfällt. **Viele Steuervergünstigungen sind die Folge der bisher weit überhöhten Steuersätze.**

Die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen zum Abbau oder zur Einschränkung von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen sind umfassend angelegt und steuersystematisch begründet. Da die Steuersubventionen bestimmte Schwerpunkte haben, müssen sich diese notwendigerweise auch in den Abbauvorschlägen widerspiegeln. Gleichwohl wird gewährleistet, daß die in unserer Gesellschaft vertretenen großen Gruppen in angemessener und ausgewogener Weise ihren Beitrag zum Abbau der Steuervergünstigungen leisten. Ausnahmen werden nur dort gemacht, wo es sich um rechtlich, sozial oder kulturell unverzichtbare Fördermaßnahmen handelt oder wo von einem Abbau erhebliche gesamtwirtschaftliche Nachteile zu befürchten wären. Da eine Reihe steuerlicher Vergünstigungen an private Ausgabenentscheidungen anknüpfen, lassen sich diese gruppenbezogen nicht zuordnen.

Die vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen umfassen prozentual etwa gleichmäßig den Bereich der Unternehmensbesteuerung, den der Arbeitnehmerbesteuerung und den Bereich der steuerlichen Behandlung von Privatausgaben. Die Vorschläge zur begrenzten Verringerung der steuerlichen Regionalförderung bewahren im Grundsatz das heutige Präferenzgefälle, so daß die besondere Situation Berlins berücksichtigt wird und die Regionalförderung auch künftig ihren Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik leisten kann.

Aufgenommen in die Vorschläge sind auch Steuervergünstigungen, deren Auslaufen bereits gesetzlich vorgesehen ist. Es wird vorgeschlagen, diese nicht zu verlängern. Auch die Einführung neuer Sondervergünstigungen ist nicht vorgesehen.

Das Gesamtergebnis der Reform für den einzelnen Steuerzahler wird aus dem Zusammenwirken von Tarifentlastung und Abbau von Steuervergünstigungen bestimmt. Es ergibt sich, daß insgesamt die ganz überwältigende Mehrheit der Steuerzahler nachhaltig entlastet wird.

2. Gleichmäßigere Erfassung von Einkommen

Vorgesehen sind auch Maßnahmen, die einer gleichmäßigeren Besteuerung von unterschiedlichen Einkunftsarten dienen. Die Voraussetzungen für eine gleichmäßigere steuerliche Erfassung von steuerpflichtigen Kapitalerträgen soll verbessert werden. Entsprechend soll die nicht vertretbare Ungleichbehandlung bei geldwerten Vorteilen korrigiert werden. Dabei sind angemessene Freibeträge vorgesehen.

Erste Stellungnahmen zur Erweiterung der Kapitalertragsteuer beruhen auf unvollständigen Informationen und irrigen Annahmen. Kapitalerträge unterliegen seit jeher der Einkommensteuerpflicht.

Die Kapitalertragsteuer ist wie die Lohnsteuer eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer. Sie hat dieselbe Wirkung wie Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer.

Der **Kapitalertragsteuer unterliegen** nach geltendem Recht insbesondere

- Gewinnanteile (Dividenden),
- Einnahmen aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als (typischer) stiller Gesellschafter und aus partiarischen Darlehen,
- Zinsen aus Wandelanleihen, Gewinnobligationen und Genußrechten.

Zwar der Einkommensteuer, nicht aber der besonderen Erhebungsform der **Kapitalertragsteuer unterliegen** derzeit

- Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren,
- Zinsen aus Spareinlagen bei Kreditinstituten einschließlich der Bausparguthaben,
- Ausschüttungen auf Investmentanteilscheine,
- Erträge aus der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Kapitalansamlungsversicherungen,
- Zinsen aus Schulscheindarlehen.

Für **steuerehrliche Inländer** ändert sich durch die Erweiterung der Kapitalertragsteuer im Ergebnis nichts, weil die vom Schuldner der Kapitalerträge einbehaltene und an das Finanzamt abgeführte Kapitalertragsteuer dem Steuerpflichtigen bescheinigt und bei

der Veranlagung zur Einkommensteuer angerechnet wird. Dies kann unter entsprechenden Voraussetzungen auch zu einer Steuererstattung führen.

Diejenigen, die bisher ihre Zinserträge nicht ordnungsgemäß deklariert haben, werden durch die Kapitalertragsteuer nachhaltig auf die Deklarationspflicht hingewiesen.

Bei **steuerrechtlichen Ausländern** ergibt sich durch die Erhebung einer Kapitalertragsteuer im Inland insofern kein Nachteil, als diese Kapitalertragsteuer im Ausland anzurechnen ist. Hat der steuerrechtliche Ausländer seinen Wohnsitz in einem Doppelbesteuerungs-Abkommen-Staat, erleidet er insofern keinen Nachteil, als die Bundesrepublik Deutschland nach den meisten Doppelbesteuerungs-Abkommen für Zinsen kein Besteuerungsrecht hat; die Kapitalertragsteuer wird ihm also erstattet. Er hat lediglich den mit dem Erstattungsverfahren verbundenen Schriftwechsel zu führen. Steuerpflichtige, die nicht zur Einkommensteuer zu veranlagten sind, können — wie schon bisher bei Dividenden usw. — mit Hilfe einer sogenannten Nichtveranlagungs-Bescheinigung ihres Wohnsitzfinanzamtes erreichen, daß vom Steuerabzug abgesehen wird.

Kapitalerträge entstehen auch im Rahmen von Kapitalversicherungen. Im Grundsatz können sie deshalb von der Besteuerung nicht ausgenommen werden. Als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung oder — in bestimmten Fällen — als deren Ersatz soll jedoch der Bürger in seinen Bemühungen um eigene Vorsorgemaßnahmen unterstützt werden. Deshalb sollen die rechnungsmäßigen Zinsen aus den in den Beiträgen zu Lebensversicherungen enthaltenen Sparanteilen ganz von der Besteuerung ausgenommen werden. Dadurch wird vermieden, daß die Besteuerung in den Aufbau der Versicherungssumme mindernd eingreift, weil dies aus den Sparanteilen und deren rechnungsmäßiger Verzinsung gebildet wird.

Der Förderung der eigenverantwortlichen Vorsorge dient auch, daß die außerrechnungsmäßigen Zinsen aus den Sparanteilen und die Erträge aus den Risikoanteilen der Versicherungsbeiträge nur mit einer Kapitalertragsteuer von 10 v.H. belastet werden, durch die darüber hinaus die Einkommensteuer abgegolten ist.

3. Steuervereinfachung

Die meisten der vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen führen zu beachtlichen Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen. Außerdem werden mehrere Vereinfachungsmöglichkeiten außerhalb des Abbaus von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen aufgezeigt. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen läßt zusätzliche Erleichterungen für Bürger, Betriebe und Finanzämter erwarten.

III. Steuerreform: Gemeinschaftsaufgabe für Bund, Länder und Gemeinden

Die überdurchschnittlich anwachsenden Einnahmen aus direkten Steuern aufgrund der starken Steuerprogression ist allen Gebietskörperschaften zugute gekommen. Die Senkung der Steuerentlastung und die Verbesserung der Steuerstruktur ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Gesamtkonzept soll im Ergebnis zu einem angemessenen und fairen Ausgleich von Bund, Ländern und Gemeinden führen.

Kanzler empfing Dobrynin

Beziehungen auf ein neues Niveau heben

Bundeskanzler Helmut Kohl traf sich am Freitag, 9. 10. 1987 zu einem längeren Gespräch mit dem für internationale Beziehungen zuständigen Sekretär des ZK der KPdSU, Anatolij Dobrynin. Der ausführliche Meinungsaustausch umfaßte die wichtigsten Themen der internationalen Politik, insbesondere Stand und Perspektiven der Abrüstungsverhandlungen sowie alle Bereiche der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Der Meinungsaustausch fand auf der Grundlage eines ausführlichen Schreibens von Generalsekretär Gorbatschow statt, das ZK-Sekretär Dobrynin dem Bundeskanzler übergeben hat. Darin bekräftigt Generalsekretär Gorbatschow noch einmal seine positive Würdigung des Beitrags der Bundesregierung zum Zustandekommen der grundsätzlichen Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa.

Der Bundeskanzler und ZK-Sekretär Dobrynin waren sich einig, daß damit ein entscheidender Durchbruch für ein INF-Abkommen mit historischem Charakter erreicht werden konnte. Sie stimmten darin überein, daß weitere Schritte folgen müssen. Der Bundeskanzler verwies dabei im besonderen auf die Notwendigkeit, das konventionelle Ungleichgewicht in Europa abzubauen, ein weltweites Verbot chemischer Waffen so rasch wie möglich zu erreichen und die Bedrohung unseres Landes durch nukleare Kurzstreckenflugkörper im Rahmen von Verhandlungen drastisch zu vermindern. Beide Seiten gaben ihrer Hoffnung Aus-

druck, daß bis zum Frühjahr 1988 auch ein Abkommen über die Halbierung der strategischen Nuklearraketen und erste Schritte zur Einschränkung nuklearer Tests erreicht werden können.

Der Bundeskanzler hat den klaren Willen der Bundesregierung bekräftigt, unter Wahrung der Sicherheitsinteressen wie bisher tatkräftig an weiteren Fortschritten in der Abrüstung und Rüstungskontrolle mitzuwirken.

Generalsekretär Gorbatschow hat in seinem Schreiben an den Bundeskanzler die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen und europäischen Politik unterstrichen. Der Bundeskanzler hat gegenüber ZK-Sekretär Dobrynin an die für die Bundesrepublik Deutschland zentrale Rolle unserer Beziehungen zur Sowjetunion erinnert.

Ausdrücklich stimmte der Bundeskanzler der von Generalsekretär Gorbatschow erklärten Bereitschaft zu, in den beiderseitigen Beziehungen ein neues Kapitel aufzuschlagen und sie auf ein neues Niveau anzuheben. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sollten umfassend und auf allen Ebenen entwickelt und ausgebaut werden und dadurch ein breites Fundament und größere Stabilität gewinnen. Dies soll sowohl für die politischen als auch für die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gelten. Es bestand Einigkeit, daß dafür auf beiden Seiten noch viele nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten bestehen. Dazu sei es erforderlich, auch die persönlichen Kontakte und Begegnungen zu intensivieren.

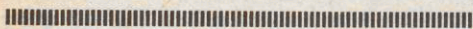
Der Bundeskanzler begrüßte die Bereitschaft von Generalsekretär Gorbatschow,

(Fortsetzung nächste Seite)

Helmut Kohl würdigte Ungarns Reformkurs

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der vergangenen Woche den Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, Karoly Grosz, als den Regierungschef eines Landes begrüßt, mit dem uns — trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit — ein gutnachbarliches Verhältnis verbindet. Ministerpräsident Grosz hat die Reformentwicklung seines Landes erläutert und die Entschlossenheit der ungarischen Führung bekräftigt, den Reformprozeß mit neuer Energie fortzusetzen. Dieser Kurs diene dem Ziel, das volkswirtschaftliche Gleichgewicht Ungarns zu stabilisieren, seine Exportkraft zu verbessern und auch in Zukunft die Grundlage für verstärkte Zusammenarbeit mit marktwirtschaftlich organisierten Ländern des Westens zu gewährleisten.

Der Bundeskanzler hat diese Entschlossenheit der ungarischen Führung gewürdigt und hervorgehoben, daß die Bundesregierung Ungarn gerade in der jetzigen Phase seiner Reformpolitik nach Kräften unterstützt, insbesondere durch die Garantie für einen Bankenkredit in Höhe von einer Milliarde DM. Der Bundeskanzler würdigte die ungarische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber



(Fortsetzung von der vorigen Seite)

in nicht allzu ferner Zukunft zu einem persönlichen Gespräch zusammenzutreffen. Die beiden Außenminister werden diese Begegnung vorbereiten. Es bestand Übereinstimmung, daß solche persönlichen Gespräche die positive Entwicklung der Beziehungen beschleunigen können.

den Ungarn-Deutschen, als Ausdruck „europäischer Gesinnung“. Die bevorstehende Liberalisierung des Reiseverkehrs für alle Ungarn nannte er „richtungsweisend und vorbildlich“ und kündigte seinerseits an, die Bundesrepublik Deutschland werde dies — in einem ersten Schritt — durch Sichtvermerkserleichterungen und -befreiungen honorieren.

Der Bundeskanzler und Ministerpräsident Grosz waren sich einig, daß das beiderseitige Verhältnis, festgegründet auf Verständnis und Sympathie der Deutschen und Ungarn füreinander, zukunfts-trächtige Chancen für einen weiteren, vorbildlichen Ausbau bietet.

Zur internationalen Lage stellten beide Regierungschefs fest, daß die jüngsten Fortschritte bei den Rüstungskontrollverhandlungen der USA und der Sowjetunion ein drittes Gipfeltreffen und den Abschluß eines weltweiten Abkommens über die Beseitigung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenflugkörper noch in diesem Jahr erwarten lassen.

Der Bundeskanzler und Ministerpräsident Grosz stimmten überein, auf ein ausgewogenes Ergebnis des Wiener KSZE-Folgetreffens in allen Bereichen hinzuwirken. Der Bundeskanzler erinnerte hierzu an seinen Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz und begrüßte die mit Ungarn gemeinsam vorgeschlagene Regelung der kulturellen Minderheitenrechte.

Ministerpräsident Grosz lud den Bundeskanzler zu einem erneuten offiziellen Besuch in Ungarn ein — der Bundeskanzler nahm diese Einladung mit Dank an.

Alfred Dregger zur deutschen Frage:

Am Ende muß die Einheit stehen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Alfred Dregger, nahm in der Fraktionssitzung vom 6. 10. 1987 zur Deutschlandpolitik Stellung und führte u. a. aus: Die deutsche Frage ist offen, bis sie geregelt ist — und sie ist nicht geregelt. Ich bekenne mich zur Einheit der deutschen Nation und zur Einheit Europas.

Die Überwindung der Teilung ist schwierig. Sie trifft nicht nur auf Großmachtinteressen, sondern auch auf den Systemgegensatz zwischen Freiheit und Diktatur; ein Element der europäischen Politik, das es vorher noch nicht gab. Verändert hat sich ferner das Mächtesystem. Die Einheit Deutschlands und Europas muß sich vollziehen nicht mehr in einem europäischen Mächtesystem, sondern in einem Weltmächtesystem, in dem Washington und Moskau dominierend sind.

Aus beiden — Systemgegensatz und Weltmächtesystem — folgt: Die Überwindung der Teilung ist auch ein Sicherheitsproblem, nicht nur am Zielpunkt der Einheit, sondern auch auf dem langen Weg dahin. Beispiel: Österreicherlösung, d. h. militärische Neutralität und westliche Freiheit. Es entstünde eine atomar nichtbewaffnete Mittelmacht. Sie wäre unfähig zur Selbstverteidigung bei einem sehr geschwächten Westeuropa, das ohne die Bundesrepublik Deutschland ja nur noch eine Brückenkopffunktion haben könnte. Diese zur Selbstverteidigung unfähige Mittelmacht wäre Gegenstand des Mißtrauens von allen Seiten.

Um das zu illustrieren: Die Präsenz der USA erscheint uns — solange die Teilung Europas anhält — unentbehrlich, um durch das Gewicht der einen Weltmacht

das Gewicht der anderen, der euroasiatischen Weltmacht Sowjetunion, ausbalancieren zu können. Wenn nicht einmal die europäische Sicherheitsunion ausreicht, ein Gegengewicht gegen die Sowjetunion bilden zu können, wie kann dann Deutschland allein beides entbehrlich machen — das Gewicht der Weltmacht USA und der europäischen Sicherheitsunion?

Noch problematischer erscheint ein solcher, allein auf Deutschland beschränkter Weg von Osten her gesehen. Wer soll die Aufgabe des Systems der DDR bewirken? Die DDR-Führung selbst, oder die vier Mächte einschließlich der Sowjetunion, die das System in Deutschland zur Disposition der Wähler stellen würden?

Warum sollte die Sowjetunion darauf eingehen? Für die Sowjetunion ist die DDR der Vorposten in der Mitte Europas, der Sperriegel für Polen, ein paktinterner wertvoller Wirtschaftspartner, wichtigster Verbündeter. Was könnte unsere Gegenleistung sein? Ich sehe keinen realistischen Weg für eine auf Deutschland beschränkte Lösung.

Ich ziehe daraus folgende Schlußfolgerung: Beides zu erstreben — die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas — entspricht nicht nur dem Auftrag unserer Verfassung, sondern sie ist auch Realpolitik. Erste Stufe muß die politische Union Westeuropas sein, die auch aus anderen Gründen jetzt notwendig ist. Allein die politische Union Europas, zu der die Wirtschafts- und Währungsunion und die Sicherheitsunion gehört, wäre ein adäquater Gesprächspartner der Weltmächte. Allein diese politische Union, an der Deutschland beteiligt ist, entzieht

antideutschen Ressentiments und anti-deutschem Mißtrauen die Grundlage.

Allein diese politische Union Westeuropas könnte für die zweite Stufe der politischen Union — die Einheit ganz Europas von Polen bis Portugal — etwas bieten, auch der Sowjetunion. Nämlich, daß dieses vereinigte Europa zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten wird. Das würde das Ende der militärischen Konfrontation in Europa, die Befreiung von den damit verbundenen Belastungen bedeuten. Auch könnte dieses vereinigte Europa auch der Sowjetunion enge Zusammenarbeit anbieten.

Die erste Stufe der politischen Union ist jetzt möglich und notwendig. Die zweite ist nur Vision, aber eine Vision, die nichts aufs Spiel setzt — weder den Frieden, noch unsere Freiheit, noch unsere Sicherheit.

Es gilt, diese Europapolitik zu verbinden mit einer energischen offensiven Deutschlandpolitik. Wir müssen an unseren deutschlandpolitischen Zielen und rechtlichen Positionen festhalten — nichts aufgeben. Wir müssen die geistige Auseinandersetzung führen für die Menschenrechte, für die nationale Identität der Deutschen, für die Demokratie. Wir müssen also das Gegenteil von dem tun, was die SPD mit der SED in dem Grundsatzzpapier getan hat. Wir müssen unsere ökonomische Kraft nutzen. Wir müssen den Besucherverkehr in beiden Richtungen fördern. Und wir müssen den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Völker europäisieren.

(Die Rede Dr. Alfred Dreggers ist auch in einer Broschüre erhältlich. Sie kann bei der Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/16-30 15, angefordert werden.)

Fraktion billigte Finanzierungskonzept für die Steuerreform

Die CDU/CSU-Fraktion hat auf ihrer Berlin-Sitzung die Pläne von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zur Finanzierung der großen Steuerreform bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gebilligt. Die Fraktion forderte die Regierung auf, entsprechende Gesetzentwürfe auf der Grundlage des Koalitionskonzepts vorzulegen. Bundeskanzler Helmut Kohl und Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger bezeichneten die Reform als sozial ausgewogen. Kohl wandte sich gegen den Begriff „Quellensteuer“, da das jetzige Konzept mit früheren Plänen der Sozialdemokraten nichts zu tun habe. Regierungssprecher Friedhelm Ost zitierte Kohl mit dem Hinweis, „Omas Sparbuch“ werde nicht angestastet. Schnüffelei der Finanzämter bleibe

bei der Ausdehnung der Kapitalertragssteuer ausgeschlossen. Für diejenigen, die bisher ehrlich ihre Steuern gezahlt hätten, ändere sich nichts.

Alfred Dregger nannte die Steuerreform „ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk“.

Konjunktur weiter im Aufwind

Die Nachfrage nach Industrieprodukten ist im August kräftig gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe gegenüber Juli um 7½%. Dies ist insbesondere auf eine verstärkte Inlandsnachfrage zurückzuführen. Diese betrug 11%. Ein besonders deutliches Zeichen für die positive Konjunktur sind die gefüllten Auftragsbücher im Bereich der Investitionsgüterindustrie. Hier betrug die Steigerung 6½%.

Rückwärtsgewandt?

Dorothee Wilms antwortet Willy Brandt

War es Resignation des Alters oder gezielte Meinungsmache, die den SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt in seiner Berliner Rede dazu bewogen hat, die Diskussion über die offene deutsche Frage als „rückwärtsgewandt“ zu bezeichnen? Welche Gründe auch immer eine Rolle gespielt haben — seine Ausführungen können nicht unwidersprochen bleiben.

Ist es etwa „rückwärtsgewandt“, wenn man die gegenwärtige Lage in Deutschland — mit Mauer und Stacheldraht, mit der Verweigerung von Menschenrechten für unsere Landsleute östlich der Elbe — nicht als endgültig hinnehmen kann?

Gerade der weitgereiste Willy Brandt sollte wissen, daß auch im Ausland kein sachkundiger Politiker die heutige Situation Deutschlands als endgültig betrachtet — selbst wenn er sich das gern wünschen würde. Wenn also Willy Brandt die Zementierung der deutschen Teilung herbeireden will, dann mag er sich vielleicht bei diesem oder jenem beliebt machen — aber glaubwürdig macht er sich damit nicht.

Die deutsche Frage ist ebenso offen, wie die geschichtliche Entwicklung offen ist. Die gewaltsame Teilung einer Nation stellt mit Sicherheit nicht das letzte Wort der Geschichte dar. Die Einheit der deutschen Nation ist keineswegs Vergangenheit, sondern lebendige Gegenwart — und sie hat Zukunft. Dies zeigt sich ganz greifbar in dem unbeirraren Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes, das heute sogar spürbar wächst, vor allem auch bei der jungen Generation.

Gerade im Hinblick auf die nachwachsende Generation in Deutschland gilt: Kein Politiker hat das Recht, dem Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen

Volkes vorzugreifen oder vorzuschreiben, welches Ergebnis seine freie Entscheidung haben sollte. Die staatliche Einheit des deutschen Volkes ist eine Perspektive, die niemand verwerfen darf. Nicht zuletzt die Präambel des Grundgesetzes fordert das deutsche Volk dazu auf, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“. Gehört dieses Verfassungsgebot aus der Sicht von Willy Brandt inzwischen zum „Formelkram“?

Die Bundesregierung wendet sich entschieden gegen alle Versuche der SPD, die deutsche Frage für erledigt zu erklären. Vom Boden des Grundgesetzes aus und im Interesse der Deutschen verfolgt sie konsequent eine Politik, die die deutsche Frage rechtlich, politisch und historisch offen hält, bis das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden kann. So steht es im Grundgesetz, und dies gilt als verbindliche Richtschnur.

Ebenso gilt die in der Präambel des Grundgesetzes gleichfalls vorgegebene europäische Perspektive für die deutsche Einheit: Sie muß mit Europa verwirklicht werden. Unser Ziel ist ein freies und geeintes deutsches Volk in einem Europa freier Völker. Diese Zielsetzung ist alles andere als „rückwärtsgewandt“; sie richtet sich vielmehr auf die aktive Gestaltung der deutschen wie europäischen Zukunft.

Zitat

„Überall stehen die Leute auf, wenn die Nationalhymne gespielt wird. Bei uns aber meinen manche, es sei progressiv, wenn sie beim Ertönen der Nationalhymne sitzen bleiben.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl)

Erste Erfolge im Kampf gegen die „Schwarzarbeit“

Eine deutliche Antwort erhielt die SPD auf ihre Große Anfrage zum Thema „Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Mißbrauchs der Arbeitnehmerüberlassung“ von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Es hat bei der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung große Erfolge gegeben, so der Minister. In über 126 000 Fällen sei die Bundesanstalt für Arbeit 1986 wegen des Verdachts illegaler Beschäftigung tätig geworden. In 65 170 Bußgeldbescheiden wurden Bußgelder in Höhe von mehr als 25,2 Millionen Mark verhängt. Es konnten 72 000 Fälle von Leistungs-mißbrauch mit 36 Mio. DM Überzahlungen aufgedeckt werden, davon 17 400 Fälle im Rahmen der neu eingeführten Außenprüfung.

Grundlage für diese Erfolge sei die Erhöhung der Planstellen von 50 im Jahre 1982 auf jetzt 375 gewesen und der Einsatz modernster Datenverarbeitungstechniken. Hier ist das INBIL, ein eigens zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung entwickeltes Datenverarbeitungssystem, und das DALEB-Verfahren zur Aufdeckung von Arbeitnehmern, die gleichzeitig einer Beschäftigung nachgehen und Leistung wegen Arbeitslosigkeit erhalten, zu nennen.

Illegale Beschäftigung gefährdet sozial gesicherte legale Arbeitsplätze, betonte Norbert Blüm. 10 000 Arbeitsplätze, die durch illegale Beschäftigung verloren gehen, bedeuten ungefähr 156 Millionen Mark Beitragsausfälle bei der Sozialversicherung und 165 Mio. DM Ausfälle im Steueraufkommen. Illegale Beschäftigung sei daher kein Kavaliersdelikt. Die Bun-

desregierung wird deshalb in ihren Anstrengungen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung nicht nachlassen.

Mehr Geld für ältere Mütter

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm betonte die Bedeutung des 1. Oktober 1987 in der Geschichte der Sozialversicherung. Seit diesem Datum werden auch bei älteren Müttern die Leistungen für die Kindererziehung anerkannt. An über 700 000 Mütter der Jahrgänge 1906 und früher werden nun Kindererziehungsleistungen gezahlt. Der durchschnittliche Betrag liege bei 70 Mark monatlich, das seien jeden Monat insgesamt 50 Millionen Mark mehr in den Händen der Mütter, erklärte der Bundesarbeitsminister. Außer den älteren Müttern sind zur Zeit rund 700 000 Mütter der Jahrgänge ab 1921 anspruchsberechtigt, so daß ab dem 1. Oktober 1,4 Millionen Müttern Kindererziehungszeiten angerechnet werden. 1987 und in den nächsten Jahren werden zusätzlich etwa eine Million ältere Mütter in die Regelung mit einbezogen, so daß mit den jährlich hinzukommenden Müttern der Jahrgänge ab 1921 1990 insgesamt 5½ Millionen Mütter Leistungen für die Kindererziehung erhalten. Das kostet den Bund bis 1990 rund zehn Milliarden Mark.

Zitat

„Wenn das Hin und Her von Rau politische Verlässlichkeit sein soll, dann ist die Schlängelinie das Symbol für Geradlinigkeit.“

(Norbert Blüm im Deutschen Bundestag anlässlich der „Aktuellen Stunde“ zur Kohlepolitik)

Mietverbot für jugendgefährdende Videos gefordert

Die derzeitige Rechtslage bietet keinen ausreichenden Schutz vor gefährlichen Schundvideos, dies erklärten die Abgeordneten Roland Sauer und Alfred Sauter für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nach fast einhelliger Meinung aller Sachverständigen kann nur ein totales Mietverbot indizierter und pornographischer Videos einen hinreichenden Schutz für die Jugendlichen gewährleisten. Nicht durch mangelhafte Durchführung bestehender Gesetze, sondern durch unverantwortliche Eltern, Geschwister, Freunde und Bekannte kommen die Jugendlichen an Horror- und Pornovideos heran. Wenn man sich außerdem die steigenden

Umsatzzahlen bei indizierten Filmen und Pornos vor Augen hält, könne nur ein generelles Vermietverbot, wie es für Druckerzeugnisse seit 1973 bereits besteht, einen wirksamen Jugendschutz bieten, so die beiden Abgeordneten.

Ferner sollten, so Sauter, die geltenden Rechtsvorschriften für den Verkauf von pornographischen Videos in öffentlich zugänglichen Geschäften und die Darbietung solcher jugendgefährdender Filme in herkömmlichen Kinos überdacht werden. Kinder und Jugendliche müssen vor Szenen voll sadistischer Quälerei und unvorstellbarer Brutalität auf den Video-Bildschirmen geschützt werden, betonte Roland Sauer.

Schneller Brüter

Verhalten der NRW-Landesregierung skandalös

Die Aussage des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, der schnelle Brüter in Kalkar werde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht genehmigt werden, bezeichnete Bundesumweltminister Klaus Töpfer als skandalös. Nach wie vor gelte das mit der letzten von insgesamt 16 Teilgenehmigungen durch die nordrhein-westfälische Landesregierung ausgesprochene vorläufige positive Gesamturteil.

Mit größtem Aufwand, auch an öffentlichen Mitteln, prüfe derzeit die nordrhein-

westfälische Genehmigungsbehörde unter Einschaltung von Gutachtern Sicherheitsfragen für die noch ausstehenden beiden Teilgenehmigungen. Niemand — so Töpfer — betone so lautstark wie die nordrhein-westfälische Landesregierung, daß das Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz durchzuführen sei. Hierzu stehe die Vorwegnahme des Ergebnisses dieser Prüfung durch den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten im krassen Gegensatz.

Wenn Ministerpräsident Johannes Rau sein Urteil unter Vorwegnahme der notwendigen Prüfungen an die Stelle der Erörterungen der Fachleute setze, entlarve er, daß es ihm nicht um eine fachliche Klärung der Probleme gehe, sondern nur um ein politisches Zugeständnis gegenüber den Kernenergiekritikern in seiner eigenen Partei.

Abkommen mit der ČSSR soll Umweltverschmutzung stoppen

Zur Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes am 5. Oktober 1987 in Bonn erklärt der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs:

Nach der Unterzeichnung der Umweltvereinbarung mit der DDR am 8. September 1987 ist das Abkommen mit der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes ein weiterer Lichtblick im Kampf gegen die grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen. Insbesondere die Waldschäden und die Smog-Situationen des vergangenen Frühjahrs haben die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterstrichen. Die Umweltvereinbarung wird insbesondere zur Reduzierung der Luftbelastung im nord-ost-bayrischen Raum führen. Im Jahr 1984 betrug in der Bundesrepublik Deutschland die aus der ČSSR stammenden Schwefelablagerungen 61 000 Tonnen. Im Vergleich hierzu beliefen sich die Schwefelablagerungen aus der DDR auf 122 000 Tonnen, aus Polen auf 29 000 Tonnen und aus Österreich auf 6 000 Tonnen.

Gegenstand der Zusammenarbeit mit der ČSSR sind vor allem:

- Anwendung von Entschwefelungs- und Entstickungstechnologien,
- Reduzierung von grenzüberschreitenden Schadstoffen,
- Entwicklung von gemeinsamen Methoden zur Emissions- und Immissionsmessung,
- Entwicklung von gemeinsamen Pro-

gnose- und Signalsystemen für kurzfristige meteorologische Vorhersagen über die Entstehung ungünstiger Ausbreitungsbedingungen für Schadstoffe in den Grenzgebieten,

- Technologien zur Reinhaltung der Gewässer,
- Methoden der Erfassung und Beobachtung von Waldschäden,
- Ökologische Beobachtung von Veränderungen in der Umwelt.

Republikaner treten in Baden-Württemberg an

Die rechtskonservativen Republikaner wollen nach einem Beschluß ihres Bundesvorstandes zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März 1988 antreten, teilte der Vorsitzende Franz Schönhuber mit.

Blüm bittet Moskau: Auf Hinrichtung verzichten

Nach seinem Einsatz gegen die Todesstrafe von 14 chilenischen Häftlingen hat sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm jetzt für einen von der Todesstrafe bedrohten sowjetischen Häftling eingesetzt. In einem Brief an den sowjetischen Botschafter Julij Kwizinski bittet Blüm „um den Verzicht auf Vollstreckung der Todesstrafe“ an dem 19jährigen Kajrat Ryskulbekow: „Mit Blick auf die weltweiten Bemühungen zur Ächtung der Todesstrafe würde ich es begrüßen, wenn auch Ihr Land, wie kürzlich die Deutsche Demokratische Republik, die Todesstrafe abschaffte.“

Preisstabilität – Vorteile auch für Rentner

Die Preisstabilität macht sich nun auch für ältere Menschen bezahlt: Die Kaufkraft der Jahresrente hat in den vergangenen fünf Jahren um mehr als 300 DM zugenommen.

Obwohl die Rentner seit Mitte 1983 einen eigenen Beitrag zu ihrer Krankenversicherung entrichten müssen, der bei der Auszahlung der Rente einbehalten und direkt an die Krankenkassen überwiesen wird, können die Rentner mit der Entwicklung ihres Renteneinkommens zufrieden sein.

Zwischen 1982 und 1987 hat es sich nominal um 17,9% erhöht. Nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags verblieb in diesen Jahren eine nominale Erhöhung von 11,4%.

Das bedeutet: Aus einer Jahresrente von 1982 eines Durchschnittsverdieners mit 40 Versicherungsjahren in Höhe von 14460 DM sind infolge der jährlichen Rentenanpassungen bis heute 16102 DM geworden.

Der Rückgang der Inflationsrate und die Rückkehr zur Preisstabilität kommt auch den Rentnern zugute. Seit 1986 herrscht Preisstabilität. So können die Rentner seit 1986 durch die Preisstabilität gegenüber 1982 per Saldo einen Kaufkraftgewinn von rund 320 DM verbuchen. Auch 1987 bleibt die Preisstabilität erhalten.

Vergleicht man die Entwicklung der realen Renten der Jahre 1982 bis 1987 mit denen der fünf unmittelbar vorangehenden Jahre, so wird die Bedeutung stabiler Preise für die Verbesserung des Lebensstandards der Rentner unmittelbar spürbar.

Von 1977 bis 1982 sind die Renten nominal zwar um 25,2% gestiegen, dies reichte aber gerade aus, um die hohen Inflations-

raten (1981 waren es 6,1%) auszugleichen.

Hier wird deutlich, wie wichtig die Stabilitätspolitik der CDU-geführten Bundesregierung insbesondere für Bezieher kleiner Einkommen und für Rentner ist.

Grüne Sprecherin diskriminiert den Rechtsstaat

Die Grünen müssen ihre Vorstandssprecherin, Frau Jutta Ditfurth, ablösen, verlangt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster. Frau Ditfurth hat in ihrer Eigenschaft als Vorstandssprecherin und damit für die Partei der Grünen geäußert:

— Eine Amnestie für Terroristen und Geiselmörder sei überfällig und zwar nicht als Gnadenerweis, sondern aus Gerechtigkeit.

— Die verurteilten Terroristen seien „politische Gefangene“ und hätten „staatliche Rache statt Recht“ erfahren.

— Unser Staat brauche den Terror, um von seiner eigenen tagtäglichen Gewalt abzulenken.

Johannes Gerster meint, mit ihren Äußerungen liefere die Vorstandssprecherin der Grünen den im Untergrund lebenden Terroristen Vorwände für neue, verbrecherische Mordanschläge.

Hier handelt es sich um keine polemische Entgleisung, sondern um eine kalkulierte Verteufelung des Rechtsstaats und der Demokratie, auf die es eine klare Antwort geben muß.

Bund unterstützt und unterhält unser kulturelles Erbe

Der Bund hat 1987 Restaurierungsmaßnahmen an 74 Baudenkmalern finanziell gefördert. Die Mittel wurden dafür noch einmal um 13% gegenüber dem Vorjahr auf 8 Millionen Mark erhöht. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, erklärte: Der Bund unterstützt — zusätzlich zu den Ländern, in deren Verantwortung der Denkmalschutz in erster Linie liegt — Baudenkmalern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung.

Unter den 74 Baudenkmalern, die das Denkmalschutzprogramm 1987 umfaßt, sind u. a.: die Dome in Aachen, Fritzlär, Köln, Limburg und Paderborn, drei romanische Kirchen in Köln und drei Kirchen in Nürnberg, ferner die Stiftskirche St. Arnual in Saarbrücken, das Faguswerk in Alfeld, die Kaiserpfalz Goslar, das Hammerschloß Theuern, das Residenzschloß Arolsen sowie das Schloß Clemenswerth in Sögel. 13 Projekte sind 1987 neu in das Programm aufgenommen, so die Kilianskirche Heilbronn, die Klosterkirche Loccum, das Industriedenkmal Cromfort Ratingen, die Marksburg Braubach, die ehemalige Festungsanlage Koblenz, die Wiesenkirche Soest und die Apollinariskirche Remagen. In den letzten zehn Jahren sind 90 Mio. Mark zur Erhaltung von mehr als 170 Baudenkmalern ausgegeben worden. Nicht nur das Bundesinnenministerium ist im Denkmalschutz engagiert. So hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie ein mit 100 Mio. Mark ausgestattetes Forschungskonzept zur Erforschung der Ursachen des Steinverfalls an Denkmalern sowie von geeigneten

Schutz- und Restaurierungsmaßnahmen entwickelt.

Geldmittel kommen ebenfalls vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und vom Bundesumweltminister.

Denkmalschutz sei keine vordergründige, ästhetische Angelegenheit, betonte Waffenschmidt. Unser bauliches kulturelles Erbe zeige, woher wir kommen, und unser Umgang damit, wohin wir gehen wollen. Denkmalschutz ist ein Weg zur Geschichte und zur Zukunft unseres Volkes.

Mehr Frauen in den Betriebsräten

Die Frauen sind auf dem Vormarsch. Bei den Betriebsratswahlen 1987 eroberten sie mehr Sitze als je zuvor, so jedenfalls das übereinstimmende Fazit aller Gewerkschaften. Besonders erfolgreich war die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Wie die Organisation meldet, ist der Anteil weiblicher Betriebsratsmitglieder auf 37,4 Prozent gestiegen, gut fünf Prozent mehr als vor drei Jahren. Eine Repräsentanz, die ihrer Mitgliedsstärke entspricht, haben die Frauen in der DGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung erreicht. Ihr Anteil von 55,4 Prozent der Betriebsratssitze entspricht fast genau dem Mitgliederverhältnis. Sie nehmen auch 55,2 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden-Sitze ein. Auch die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat mit 41,1 Prozent viele weibliche Betriebsräte, bei einem Frauenanteil der Mitglieder von knapp 59 Prozent.

Geißler gratuliert Friedensnobelpreisträger

Zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den costaricanischen Präsidenten Oscar Arias Sanchez erklärt der Generalsekretär der CDU und Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale, Heiner Geißler: Die CDU gratuliert dem Präsidenten zu der hohen Auszeichnung. Oscar Arias Sanchez gehört zu jenen sozialdemokratischen Politikern in Mittelamerika, die in der Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte der Region den einzig gangbaren Weg zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit sehen und die deswegen die Gemeinsamkeit mit den christlich-demokratischen Parteien Mittelamerikas wollen. Oscar Arias Sanchez lehnt wie die Christlichen Demokraten Gewaltanwendung als Mittel der Politik ab. Die CDU und die Christlich-Demokratische Internationale sehen in der Auszeichnung des Präsidenten ein gutes Zeichen dafür, daß der von fünf Staaten der Region akzeptierte Friedensplan verwirklicht werden kann. Sie haben die Hoffnung, daß auch die in Nicaragua herrschenden Sandinisten endlich den Weg zu politischer Pluralität, wirklicher Demokratie und nationaler Versöhnung gehen werden.

Süssmuth begrüßt Einbeziehung Teilzeitbeschäftigter

Als einen Durchbruch, der die Teilzeitarbeit aus ihrem „Ghettodasein“ befreie, hat Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth die Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten in die normalen Tarifverträge begrüßt. Diese von den öffentlichen Arbeitgebern und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) vereinbarte Abmachung

stärke die Position der Frauen am Arbeitsmarkt und gebe Frauen und Männern bessere Chancen, Familie und Beruf zu vereinbaren, erklärte Frau Süssmuth. Nach Einschätzung der Ministerin gibt die Gleichwertigkeit und Anerkennung der Teilzeitarbeit zudem immer mehr Männern die Chance, sich aktiver am Familienleben zu beteiligen.

Wieder mehr Asylanten — besonders aus Polen

Die Zahl der Asylbewerber ist im September erneut gestiegen. Mit 5861 liegt sie deutlich über der des August mit 4497, so das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf. Auffällig ist die starke Zunahme der Asylbewerber aus Polen, 1852 Personen gegenüber 1149 im Vormonat, und der Türkei, 1213 im September 786 im August. 45,2 Prozent aller Asylbewerber kommen jetzt bereits aus dem Ostblock. Der Flüchtlingsdruck auf die Bundesrepublik läßt nicht nach, erklärte hierzu Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Mehr Schutz für das Trinkwasser

Der Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, sprach sich auf einer VKU-Tagung in Karlsruhe für eine Einschränkung beim Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln in der Landwirtschaft aus. Bei z. B. derzeit über 300 verschiedenen Pflanzenschutzwirkstoffen dürfe die Bekämpfung der Pestizide nicht allein den Wasserversorgungsunternehmen überlassen werden. Zum Schutz der Trinkwasserversorgung dürften einfach nicht mehr alle Pflanzenschutzmittel zugelassen werden, auch müsse die Nitratdüngung verringert werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

Endlich ist es soweit: Weltweit werden alle sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen beseitigt. Darauf haben sich Amerikaner und Russen jetzt geeinigt.

Die CDU und die Regierung Helmut Kohl haben zu diesem historischen Abrüstungsschritt entscheidend beigetragen: Mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, der Zustimmung zur doppelten Null-Lösung und dem Verzicht auf die Pershing-la-Raketen. Unsere

konsequente Politik zahlt sich heute aus.

Für uns gehören Frieden und Freiheit, Abrüstung und Sicherheit zusammen. Oberstes Ziel unserer Politik ist es, den Frieden zu sichern und jeden Krieg – konventionell wie nuklear – zu verhindern. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb geben wir uns auch mit diesem ersten ermutigenden Schritt nicht zufrieden. Wir treten ein für noch mehr Abrüstung.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands will die

- 50prozentige Reduzierung der Langstreckenraketen und die Abrüstung der sowjetischen Kurzstreckenraketen,
- Abschaffung der östlichen Panzerüberlegenheit und konventionelles Gleichgewicht,
- weitweite Abschaffung aller chemischen Waffen.



Klarer Kurs von Bundeskanzler Helmut Kohl

» Der Weg zu mehr Sicherheit führt weg von Waffen. Wir wollen immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. «

(Regierungserklärung vom

Bundestag, 2. September 1987)

ist auch unsere Entscheidung zur Pershing Ia einzuordnen. «

(Bundestag, 2. September 1987)

im Deutschen Bundestag, 2. September 1987



» Wir halten an dem Ziel fest, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen, und in diesem Rahmen

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

32/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Post girokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.